



HESSISCHER LANDTAG

17. 06. 2014

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gelder des Bundes fließen vollständig an die hessischen Hochschulen - Bildung hat in Hessen Vorfahrt

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung die durch die Übernahme der BAföG-Finanzierung durch den Bund freiwerdenden Mittel im Landeshaushalt künftig vollständig für den Hochschulbereich zur Verfügung stellen will. Dies unterstützt das Ziel der Landesregierung, die finanzielle Ausstattung des Hessischen Hochschulpaktes auszubauen. Zudem wird es möglich, den Hochschulpakt 2020 zwischen Bund und Ländern noch besser auszustatten.
2. Der Landtag stellt zudem fest, dass die Landesregierung mit der 105-prozentigen Lehrerversorgung bereits einen bundesweit einmaligen Schwerpunkt für Bildung im Bereich des Kultusministeriums gesetzt hat. Darüber hinaus wird mit der Zusage, die sogenannte demografische Rendite für Verbesserungen an den Schulen zu verwenden, dieser Bereich weiter gestärkt.
3. Der Landtag begrüßt des Weiteren, dass die Landesregierung für die freiwerdenden Mittel für Wissenschaft, Forschung und Lehre zum Jahr 2015 einen "Sonderfonds Hochschulen" einrichten wird. Er befürwortet die darin zum Ausdruck kommende Absicht der Landesregierung, die Gelder ausschließlich den Hochschulen zur Verfügung stellen zu wollen. Damit sendet die Landesregierung nach Ansicht des Landtages ein deutliches Signal an die Hochschulen und hebt erneut den hohen Stellenwert des Wissenschafts- und Hochschulstandortes Hessen hervor.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung außerdem zugesagt hat, auch in den kommenden Jahren insgesamt 3 Mrd. € für außeruniversitäre Forschung (Pakt für Forschung und Innovation), die Exzellenzinitiative und weitere Forschungsprogramme zur Verfügung zu stellen. Neben Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird sich der Bund auch an den zusätzlichen Investitionen in den Kita-Ausbau beteiligen, indem er sein Sondervermögen Kinderbetreuung um 550 Mio. € auf 1 Mrd. € erhöht. Für die hessischen Kommunen stehen dadurch in den Jahren 2015 und 2016 jeweils 27 Mio. € an Investitionskostenzuschüssen zusätzlich zur Verfügung. Zudem wird es in den Folgejahren 2017 und 2018 noch einmal je 7 Mio. € Betriebskostenzuschüsse geben.
5. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung mit der Stärkung des Hochschulpaktes 2020 und dem Hessischen Hochschulpakt sowie mit dem "Sonderfonds Hochschulen" geeignete Maßnahmen einleitet, um den Hochschulen im Hinblick auf die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger, die sich laut der Prognose der Kultusministerkonferenz von Mai 2014 auf Höchstniveau bewegen wird, ausreichend Planungssicherheit zu geben.

Begründung:

Bund und Länder haben sich Ende Mai in der Frage der Bildungsfinanzierung auf eine Kostenübernahme beim BAföG durch den Bund geeinigt. Für die Länder bedeutet dies eine jährliche Entlastung von insgesamt rund 1,1 Mrd. €. Indem der Bund die alleinige Finanzierung des BAföG für Schülerinnen und Schüler und Studierende übernimmt, wird Hessen kurzfristig um 81 Mio. € pro Jahr entlastet.

Wiesbaden, 17. Juni 2014

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die stellv. Fraktionsvorsitzende:
Erfurth